

Das Feuer wütet weiter: neue Selbstverbrennung in der Provinz Gansu

Obwohl Peking immer härter gegen die Selbstverbrennungen vorgeht, setzte sich ein Tibeter aus Protest gegen die chinesische Herrschaft in der Provinz Gansu in Brand und starb, womit die Gesamtzahl der Feuerproteste auf 101 anstieg.

Der 26jährige Drukpa Khar übergießte sich mit Benzin und zündete sich in der Stadt Amchok im Bezirk Sangchu (Xiahe) in der TAP Kanlho (Gannan) an, teilte eine Quelle in Tibet dem tibetischen Nachrichtendienst von RFA mit.

„Er verbrannte sich aus Protest gegen die chinesische Politik. Er wird von seinem Vater, seiner Mutter und drei Kindern überlebt“, fuhr die Quelle fort.

Drukpa Khar, der aus dem Dorf Lushoe Kyi in der Gemeinde Unter-Amchok kommt, wählte den dritten Tag des tibetischen Losar-Neujahrfestes für seine Tat. Die meisten Tibeter begingen diesen Tag mit Gebeten für ihre Landsleute, die dieses Jahr in den Feuertod gingen, um Chinas Herrschaft in Frage zu stellen.

Der jüngste Vorfall brachte die Gesamtzahl der Feuerproteste auf 101, die trotz aller Maßnahmen der Behörden, Tibeter wegen ihrer vermeintlichen Rolle bei diesen Taten oder anderen Protesten festzunehmen, anzuklagen und ins Gefängnis zu stecken, in Tibet stattfanden.

Peking behauptet, zu den Selbstverbrennungen hätten der Dalai Lama und andere Exiltibeter angeregt, die jedoch diese Anschuldigung als unbegründet ablehnten.

„Die Selbstverbrennungen, die derzeit in einer immer größeren Zahl von Tibetern in Tibet vollzogen werden, sind beispiellos und ultimative Akte des zivilen Ungehorsams gegen Chinas Herrschaft in Tibet“, sagte Lobsang Sangay, das politische Oberhaupt der Exilregierung in Indien.

„Anstatt die Verpflichtung, die sich aus der Tragödie in Tibet ergibt, anzuerkennen - die offensichtliche Verantwortung für 60 Jahre ununterbrochener Gewaltherrschaft über das Land - beschuldigt China schonungslos und auf unverantwortliche Weise Seine Heiligkeit den Dalai Lama und die tibetische Führung, zu diesen Protesten aufgehetzt zu haben“, sagte er.

Er rief Peking auf, den globalen Medien, Diplomaten und internationalen Nicht-Regierungsorganisationen ungehinderten Zugang zu Tibet zu gewähren. „Was uns betrifft, so haben wir wiederholt China aufgefordert, Vertreter nach Dharamsala, dem Sitz der CTA zu schicken und unsere angebliche Rolle bei den Selbstverbrennungen zu untersuchen. Wir versprachen dabei volle Kooperation und ungehinderten Zugang zu unseren Büros“, fuhr er fort.

Chinesische Gerichte haben im Zusammenhang mit den Selbstverbrennungen in den letzten Wochen mindestens 15 Tibeter zu Gefängnisverurteilt, manche mit Haftstrafen bis zu 13 Jahren.

Menschenrechtsgruppen haben die chinesische Führung heftig dafür kritisiert, daß sie die Selbstverbrennungsproteste kriminalisierte und strafrechtlich gegen Tibeter vorging, die in irgendeiner Weise damit zu tun hatten. Es wurden paramilitärische Kräfte stationiert und die Kommunikation mit den betroffenen Gebieten und Reisen dorthin unmöglich gemacht.

Die Zahl der Selbstverbrennungen in Tibet stieg auf 100, nachdem vorgestern bekannt wurde, daß ein ehemaliger Mönch des Klosters Kirti sich vergangene Woche verbrannt hatte. Am selben Tag schritt auch ein Tibeter in Kathmandu zu einem Feuerprotest und forderte Freiheit für Tibet.

Selbst außerhalb Tibets gab es Selbstverbrennungsproteste, etwa in Indien und sogar so weit entfernt wie in Frankreich.